

"Drüben in meiner Wohnung in Rhöndorf"

Ausschaltung der SPD -

die "wichtigste Entscheidung" des Kanzlers in den letzten zehn Jahren

sp - Wenn Bundeskanzler Dr. Adenauer ausländischen Journalisten ein Interview gibt, erfährt die deutsche Öffentlichkeit meist einige Vorgänge der deutschen Politik, von denen sie vorher keine Ahnung hatte. Da der Kanzler außerdem anzunehmen scheint, daß ausländische Gesprächspartner von der deutschen Geschichte weniger wissen als Deutsche, verbiegt er dann auch gleich die Wahrheit, offenbar in der Hoffnung, von niemandem darauf aufmerksam gemacht zu werden.

So fragte Mr. John Rish von der "National Broadcasting Corporation" am 25. April den Kanzler im Palais Schaumburg:

Mr. Rish: "Herr Bundeskanzler, welche von den Entscheidungen, die Sie während Ihrer Kanzlerschaft in den letzten zehn Jahren zu treffen hatten, halten Sie für die wichtigste?"

Dr. Adenauer: "Das ist eine etwas schwer zu beantwortende Frage. In diesen Zeiten hatte jeder Leiter eines Staates oft sehr wichtige Entscheidungen zu treffen. Aber die wichtigste Entscheidung, die wir getroffen haben, ist getroffen worden noch vor dem Zusammentritt des Bundestages, drüben in meiner Wohnung in Rhöndorf. Ich hatte dort die Hauptvertreter der CDU/CSU nach der Bundestagswahl zu mir gebeten, und wir haben dann die Frage überlegt, wie die zukünftige Regierung aussehen soll, ob wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen sollten oder nicht. Die Stellung der Sozialdemokraten war uns bekannt. Wir haben uns entschlossen - im Gegensatz zur damaligen Stellung der Sozialdemokraten -, uns fest an der Westseite anzuschließen. Ich glaube, das war die wichtigste Entscheidung, die in den zehn Jahren getroffen worden ist".

Die in der Antwort Adenauers enthaltene Unterstellung, die Sozialdemokratie sei 1949 kein zuverlässiger Faktor im Sinne westlicher Lebensauffassungen und der Demokratie gewesen, ist einfach historisch unwahr. Die Deutsche Sozialdemokratie hat sofort nach dem Zusammenbruch den Kampf gegen den von Osten gesteuerten Versuch aufgenommen, aus ganz Deutschland eine sogenannte Volkdemokratie nach dem Muster der SED zu machen. Die Sozialdemokratie in Berlin stand in der vordersten Front dieses Kampfes, und mit ihr führte die SPD in der späteren Bundesrepublik, an der Spitze Kurt Schumacher, die unerbittliche Auseinandersetzung mit jeder Art von Totalitarismus. Oft mußte dieser Kampf sogar gegen den Willen der ehemaligen Siegermächte und Alliierten des zweiten Weltkrieges geführt werden. Jeder politisch interessierte Mensch weiß, daß dieser Kampf erfolgreich war und als Ergebnis die Erhaltung der großen freien demokratischen Arbeiterbewegung hatte, die sich stets als die solideste Grundlage der Demokratie erwiesen hat.

Auch dem Bundeskanzler ist das bekannt. Trotzdem erlaubt er sich gegenüber einem ausländischen Journalisten in einem für das Ausland bestimmten Interview geschichtsfälschende Unterstellungen, die nur einen Zweck haben können: Die Diffamierung der größten und seit Jahrzehnten zuverlässigsten Kraft der deutschen Demokratie. Es zeugt von der Mentalität dieses Mannes, daß er die mit einer Unwahrheit begründete Ausschaltung der Sozialdemokratie von der Mitverantwortung im Staat als die "wichtigste Entscheidung" der vergangenen zehn Jahre bezeichnet.

Bonn und Washington

sp - Die Zeiten, in denen zwischen dem offiziellen Bonn und Washington hundertprozentige Übereinstimmung in allen das Verhältnis zur Sowjetunion berührenden Fragen bestand, und Washington Bonn als seinen Musterknaben in der hohen NATO-Schule wohlwollend betrachtete, ihn entsprechend auch förderte, gehören wohl der Vergangenheit an. Zwischen den beiden Hauptstädten liegen dunkle Schatten. Es ist nicht mehr so leicht, eine gemeinsame Sprache zu finden. An vielen Beispielen aus der letzten und allerletzten Zeit lässt sich die eingetretene Abkühlung registrieren.

Fast zur gleichen Zeit, da Adenauer und sein Außenminister von Brentano wie in den besten Tagen des Kalten Krieges auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe die schon gewordene These von der Unwandelbarkeit der sowjetischen Außenpolitik verkündeten und einem ungenannten Rüstungswettlauf das Wort redeten, bemühte sich der amerikanische Botschafter in Bonn, Walter o. Dowling vor der vierten Jahreskonferenz amerikanischer Frauen in der Bundesrepublik um den Nachweis, dass es in der Haltung der Sowjets doch etwas Neues gebe, "das einer von Spannung bedrückten Welt gewisse Hoffnungen bringen könnte". Auch Eisenhower schlug auf seiner allwöchentlichen Pressekonferenz bei der Bewertung sowjetischer Außenpolitik optimistischere Töne an; die Vereinigten Staaten stellen sich für die kommende Gipfelkonferenz auf eine längere Verhandlungsdauer ein, sie wollen, wenn auch nicht auf allen, so doch auf einigen Gebieten einige Erfolge einheimen und sie glauben, diese vom sowjetischen Verhandlungspartner erzielen zu können.

Das sind immerhin doch recht wesentliche Beurteilungsunterschiede zwischen Bonn und Washington. Adenauer und sein Kreis gehen von der Annahme aus, die Sowjetunion sei verhandlungsunwürdig, da sie die aggressiven Ziele des Weltkommunismus verfolge; die Regierung der Vereinigten Staaten jedoch geht vom Gegenteil aus, sie ist der Überzeugung, wie es in Wiesbaden Dowling ausdrückte, was die Russen Koexistenz nennen, "könnte mit der Zeit und Geduld zu einem friedlichen Wettbewerb umgewandelt werden, von dem die ganze Welt profitieren würde". Auf der einen, der amerikanischen Seite also der Wille zur Elastizität, zur Anpassung, zum Verhandeln, auf der anderen, der Bonner Seite, wieder die Bezugnahme auf alte, längst überholte Positionen. Was Adenauer, dessen politische Vorstellungswelt vom 19. Jahrhundert geprägt ist, völlig übersieht, ist, dass im atomaren Zeitalter mit dem Gleichgewicht des Schreckens keine Weltmacht mehr durch Drehungen die Gegenseite einschüchtern kann. Man muss einander wieder vertrauen können oder eine Atmosphäre entstehen lassen, in der man einander vertrauen kann. Die Vereinigten Staaten haben sich für diesen Weg entschlossen; wenn Bonn nicht mitzieht, fügt es sich nur selbst Schaden zu.

+ + +

Die innenpolitischen Aspekte des Belgrader Kongresses

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Durch die bemerkenswert antideutsch-antiwestlichen Kongreßausführungen des jugoslawischen Staatschef Titos ist die zweifellos größere innenpolitische Bedeutung des V. Kongresses des "Sozialistischen Bundes des Werktätigen Volkes Jugoslawiens" (SB) etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Dabei nahm die wichtigste Frage nach dem Verhältnis zwischen dem SB und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) einen breiten Raum ein. Die recht vieldeutige Kongreßdiskussion scheint in Auslandskreisen unmittelbar ein solches Echo gefunden zu haben, daß sich der SB-Präsident Tito noch in seinem Kongreßschlußwort genötigt sah, zu betonen, auch in Zukunft werde sich am Prinzip der "Einheit" zwischen BdKJ und SB nichts verändern.

In den diesbezüglichen Kongreßausführungen stand die Forderung im Mittelpunkt, die Millionenmassen des SB in stärkerem Maße zu einer eigenständig meinungsbildenden Organisation zu entwickeln. Nach wie vor gilt jedoch die schon vor Jahren vom damaligen Generalsekretär des SB, Kardelj, der diesmal ohne jede Begründung durch Rankovic abgelöst worden ist, gegebene Definition, es handele sich beim SB keineswegs um eine "organisierte Form des Sozialdemokratismus". Von etwas Ähnlichem wie einem Mehrparteiensystem in Jugoslawien zu sprechen, entbehrt deshalb auch weiterhin jeder Grundlage.

Trotzdem ist in der jugoslawischen Auseinandersetzung mit dem Ostblock nicht selten zu hören, man habe das Ein-Parteien-System in gewisser Weise überwunden. Solche Argumente ließen sich wiederum in dem zu diesem Pragerkomplex bedeutendsten Kongreßreferat hören: es komme keiner Bevölkerungsschicht oder Gruppe in Jugoslawien mehr ein politisches oder Ideenmonopol zu.

Eine solche für einen kommunistischen Staat außerordentlich undogmatische Aussage findet auch in Jugoslawien ihre Begrenzung in der Tatsache, daß der SB über kein selbständiges politisches Programm verfügt, sondern sich mit den Grundsätzen des BdKJ-Programms identifiziert. Da darüber hinaus die Führungsorgane des SB weitgehend von Parteimitgliedern beherrscht werden, - so sind allein fast die Hälfte des Bundesausschusses des SB gleichzeitig Mitglieder des Zentralkomitees des BdKJ -, ist klar, daß Entscheidungen des SB entgegen dem Willen des BdKJ kaum gefällt werden.

Auf der unteren territorialen Ebene der Kreise und Gemeinden läßt sich in letzter Zeit vereinzelt eine gewisse personelle Entflechtung von SB und BdKJ beobachten. Daraus jedoch eine allumfassende Entwicklungstendenz abzuleiten, wäre verfrüht. So bleiben also der gewünschten Aktivierung des SB sehr bestimmte Grenzen gezogen, die nicht über die politischen Vorstellungen des BdKJ hinausgehen können. Schließt dies auch eine Intensivierung der Eigeninitiative des SB innerhalb des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems nicht aus, so muß doch erst die Zukunft zeigen, in welchem Ausmaße eine solche Entwicklung den Kongreßerwartungen entsprechen wird.

Der kommunistische Mandariner in Nepal

Von Erwin Erasmus Koch

Tschu En-lai, der Ministerpräsident der Volksrepublik China, hat Neu Delhi verlassen. Jawaharlal Nehru blieb mit seinem "unveränderten Standpunkt" zurück. Die nächste und letzte Etappe der Reise Tschus auf dem Subkontinent führt nach Kathmandu, die Stadt der Paläste, Tempel und Basare jenseits des südlichen, vor Indien gelegenen, 50 Kilometer breiten Gürtels des Terai, des berüchtigsten Malaria-Dachzugs der Welt. In Nepals Metropole soll ein Teil der berüchtigten Demarkationen bis zum Dach der Erde hinauf, in die Gletscherzone des Mount Everest, festgelegt werden. Aber geht es nur darum? Nein! Tschu hat mehr als eine vollendete Tatsache, als das schon dem roten Reich der Mitte einverlobte Gewicht des Achteausender, in seinem diplomatischen Gepäck.

Nepal ist leider ein eklatantes Beispiel für das Versagen westlicher Politik. Selbst die Bundesrepublik Deutschland trägt daran ihren Teil Schuld. Dr. René von Nebesky-Wejkowitz, ein inzwischen verstorbener Ethnologe, hatte 1957 das Auswärtige Amt auf die Notwendigkeit einer Wirtschaftshilfe hingewiesen. Ein grosses Sägewerk und eine moderne Gerberei würden zumindest dringend benötigt. Die festgestellten Kohle-, Kupfer-, Eisen-, Kobalt-, Zinn-, Nickel und Petroleum-Vorkommen böten überdies, von der möglichen Nutzung ungeheurer Wasserkräfte ganz abgesehen, alle Voraussetzungen für Entwicklungsleistungen. Das Memorandum verstaubte unbeachtet, und ebensowenig rührten sich die USA. Dabei wies allein die Handelsbilanz Nepals auf das Gebot der Hilfe. Die Ausfuhr betrug 1958 rund 20 Millionen, die Einfuhr jedoch 40 Millionen Rupien. Wehe Rotchina den indischen Konkurrenten ausstechen. - Tschu liess die Flügge dem Handel folgen. Der Vorstoss in das Reich des Königs Mahendra Diwali wurde in aller Stille vollzogen. Er offenbarte sich im Bau der nördlichen Strasse mit dem Anschluß an den China-Tibet-Highway. Ihre strategische Bedeutung bedarf keines Kommentars. Die Trasse machte die Mount Everest-Zone endgültig zum chinesischen Hoheitsgebiet.

Und wie sah es eigentlich in Nepal aus? Wie unterschieden sich die Verhältnisse von den Zuständen in Tibet? Die Fragen beantworteten unbeachtbare Tatsachen. Von 8,5 Millionen Nepalesen, einem mongolisch-tibetisch-indischen Völkergemisch, waren höchstens fünf Prozent Lesende und Schreibende kundig. Vielmännerei und Leibeigenschaft gehörten zum Üblichen. 140 000 Quadratkilometer Bodennische lagen mehr oder weniger unerschlossen da. Eine Ausnahme machte der "mittlere", klimatisch begünstigte Landschaftsstreifen in 2000 bis 3000 Meter Höhe, zu dem auch das Tal von Kathmandu gehört. Politische Unruhen folgten den sich unentwegt verschlechternden wirtschaftlichen Umständen. Eins zog das andere nach sich. Seit 1951 war die Kette schlechter Ernten nicht abgerissen. Das neu eingerichtete Parlament änderte daran gar nichts. Von wohlklingenden indischen Versprechungen konnte niemand satt werden. Aber Rotchina sparte mit seiner Hilfe nicht. Außerdem lobten seine Agitatoren den Sogen landwirtschaftlicher Kommunen. Sie versprachen den Nomaden, Viehzüchtern und Bauern die Freiheit von Not, den Hindu- und Buddhisten auf Erden! - Nepal ist dem Westen durch die kommunistische Wirtschaftshilfe im Werte von 88 Millionen DM vor der Nase weggekauft worden. Daran ändern nachträglich allein spätere Klagen nichts. Tschu En-lai gedenkt, die Freiheit von Not mit dem unvermeidlichen "Freundschafts- und Friedensvertrag" zu verbinden. Das Spiel von Burma wiederholt sich. Rotchina wird um diesen Preis die Grenzen Nepals "respektieren". Aber was bedeuten diese Grenzen noch? sie zeichnen ein Gebilde ab, das überhaupt erst um 1780 eine vage staatliche Existenz begann, das durch ein Jahrtausend, von Kriegen und Aufständen unterbrochen, seine Tribute an Tibet geleistet hatte. Tschu denkt daran, dieses Verfahren zu modernisieren. So soll Nepal einer der Satelliten des roten Reichs der Mitte werden, die nach Indien vorge-streckte Faust.

"Heiße Eisen" wurden energisch angopakkt

Gespräch zwischen SPD und evangelischer Kirche

FT - "Es wäre ein Unglück, wenn die Evangelische Kirche nicht wahrnehmen würde, was in der SPD passiert; und es wäre ebenso unheilvoll, wenn die SPD nicht davon Notiz nehmen würde, was in der Kirche geschieht. Dieses einleitende Wort von Sozialpfarrer Hans Siebert, gab dem Wochenendseminar der Evangelischen Kirche im evangelischen Erholungsheim Sulzbürg (Oberpfalz) das Gepräge. Zwei Tage lang diskutierten Theologen und Laien mit Sozialdemokraten, die ebenfalls der evangelischen Kirche angehören, über die Problematik unserer Zeit. Dabei wurden die Tiefen der politischen Gegenwartsfragen ausgelotet.

Ausgangspunkt des überaus fruchtbaren und lebhaften Gesprächs war ein Referat des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden, Waldemar von Knoeringen, der das Godesberger Grundsatzprogramm seiner Partei interpretierte und in einem historischen Abriss die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung vom kommunistischen Manifest bis zur Entscheidung von Bad Godesberg skizzierte. Dabei beleuchtete er auch die Ursachen des früheren Konfliktes mit der Kirche: "Man fühlte sich von der Kirche betrogen, und glaubte an die politisch-wissenschaftlichen Thesen, die wie Religion klangen." Von Knoeringen machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Irrtümer von Karl Marx erkannt wurden, daß die Erlösungshoffnung schon aus dem Heidelberger Programm verschwunden sei, wenngleich es noch stark marxistisch orientiert war, und daß sich die Sozialdemokratie mehr und mehr darauf verlegte, "durch Millimeter-Arbeit" vieles zu verbessern. "Dadurch, daß die Arbeiterbewegung kämpfte, hob sie einige Marxsche Grundsätze auf."

Der Gegensatz zum Totalitarismus

Den entscheidenden Gegensatz zum Kommunismus faßte Waldemar von Knoeringen in dem Satz zusammen: "Für den freiheitlichen Sozialismus ist nicht die Gesamtheit entscheidend, sondern der einzelne Mensch, das Individuum". Im jetzigen Programm sei zudem klar bekundet, daß die Demokratie nicht mehr bloß ein Mittel zur Erringung der Mehrheit ist; sie sei ein Wert an sich. Andererseits seien Freiheit und Demokratie nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Freilich bedeute Freiheit noch nicht, daß der Mensch von vornherein instande ist, von ihr Gebrauch zu machen, "er muß erst zum mündigen Menschen werden". Mit besonderer Betonung stellte Waldemar von Knoeringen in diesem Zusammenhang fest:

"Damit stehen wir im absoluten Gegensatz zu jeder totalitären Staatsauffassung."

Gibt es Überschneidungen?

Die anschließende Diskussion spitzte sich sofort auf die Frage der Gemeinschaftsschule zu. Außerdem wurde von theologischer Seite die Frage aufgeworfen, ob es nicht Überschneidungen zwischen dem Christen und dem Sozialdemokraten gibt, wenn ein Mensch beides zugleich ist. Darauf kam die klare Antwort: "Wer entsprechend seinem Gewissen, auf Grund seiner religiösen Einstellung entscheidet, dem muß dieses Recht zugebilligt werden." Andererseits wurde von theologischer Seite anerkannt, daß das Angebot auf freier Partnerschaft "eine großartige Sache" sei, wenngleich

28. April 1960

auch hier einige Bedenken im Hinblick auf die katholische Kirche angemeldet wurden.

Welche Schlußfolgerungen?

Einen tiefen Eindruck hinterließ das Referat von Pfarrer Karl Steinbauer, der zum Thema "Wie stand die Kirche zum Nationalsozialismus und zur Judenverfolgung?" sprach. Der Geistliche enthüllte schonungslos die damalige Haltung der Kirche, und wies durch Verlesung von kirchensamtlichen Kundmachungen aus der damaligen Zeit nach,

"daß wir in Kategorien gelebt haben, bei denen wir nicht vom Evangelium beraten waren."

In dieser Schuld stecke die Kirche "mitten drinnen". In der Diskussion wurde von keiner Seite versucht, das freimütige Bekenntnis von Pfarrer Steinbauer abzuschwächen, aber es wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß über die Kirche in der damaligen Zeit auch anders hätte berichtet werden können. An Einzelbeispielen wurde demonstriert, daß es sehr wohl Bekennermüt unter den Theologen gegeben hat.

In der sich anschließenden überaus ernstesten Aussprache wurde immer wieder eindringlich gefordert, daß es nun gelte, Schlußfolgerungen für die jetzige Zeit zu ziehen.

Gehorsam nicht in jedem Fall

Den Abschluß der Tagung bildete das Referat von Sozialpfarrer Hans Siebert: "Wie steht die Kirche heute zum demokratischen Staat und zu den Parteien?" Aus der Schrift leitete der Referent ab, daß dem Staat nicht in jedem Fall Gehorsam zu leisten ist. Die Verpflichtung, die Obrigkeit zu ehren, schließe auch ein, daß die Christen "gegebenenfalls dem Regenten entgegentreten müssen". Aus der Beurteilung der Demokratie durch die Kirche ließ sich entnehmen, "daß die Demokratie gegenüber der monarchischen Staatsform keineswegs minderwertiger ist." Man müsse sich aber vor dem Fehlglauben hüten, daß die Mehrheit identisch mit der Wahrheit sei. Obgleich es für den Christen keine Staatsform gibt, die ihm von vornherein am nächsten stehe "ist doch der Konservatismus nicht die in allen Fällen den Christen gebotene Haltung". Über das Verhältnis der Kirche zu den Parteien sagte Pfarrer Siebert:

"Die Kirche muß die Parteien und ihre Verschiedenheit bejahen; sie darf sich auch nicht darüber grämen, daß ihre Mitglieder in gegensätzlichen politischen Gemeinschaften beheimatet sind."

Daraus sei un schwer zu schlußfolgern, daß die SPD für den evangelischen Christen genau so in Frage kommen kann, wie andere Parteien auch was wiederum nichts aussagt über die Richtigkeit des politischen Kurses der SPD.

Das vom Bemühen um gegenseitiges Verstehen und von einer fairen Diskussion bestimmte Wochenendseminar ließ erkennen, daß man nichts unausgesprochen ließ und "heiße Eisen" energisch anpackte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel